



Liebe Freundinnen und Freunde,

ich möchte Euch heute wieder von der Landtagssitzung und von meiner Ausschussarbeit berichten.

## **25., 26. und 27. Landtagssitzung**

Im Fokus des ersten Sitzungstages stand die Debatte über den Doppelhaushalt 2018/19.

In meiner Rede dazu erklärte ich, dass sich durch unsere kluge und strategische Finanzpolitik ein ausgeglichener Haushalt für die Jahre 2018 und 2019 ergibt. Es ist darüber hinaus erkennbar, dass sich ab 2020 weitere politische Handlungsspielräume abzeichnen. Die vorausschauende Finanzpolitik der letzten Jahre lässt sich z.B. am Personalkonzept, das bereits 2005 beschlossen wurde, verdeutlichen. Es wurde eingeführt, um den vergleichsweise hohen Personalbestand auf den Durchschnitt vergleichbarer Flächenländer anzupassen. Ohne dieses Konzept würden wir bereits heute jährlich etwa 700 Mio. Euro mehr an Personalausgaben schultern müssen

Der Haushalt ist der erste mit einem Volumen von über 8 Milliarden Euro. Damit ist er auch Ausdruck der gesteigerten Leistungsfähigkeit des Landes. Wir investieren in die digitale Infrastruktur, in Schulbau und stärken die Kommunen. Wir kommen dem gestiegenen Sicherheitsbedürfnis der Bürger nach und finanzieren 150 zusätzliche Stellen bei der Landespolizei. Wir entlasten die Eltern bei den Kita-Kosten und arbeiten daran, damit die Eltern für die Kita bald gar nichts mehr zahlen müssen.

In die Debatte zum Doppelhaushalt 2018/19 hat die AfD auch eigene Anträge eingebracht.

Sechs von acht Anträgen zielten darauf ab, der politischen Bildung im Land die Grundlage zu entziehen. Damit zementiert die angebliche Alternative für Deutschland, was ihr die demokratischen Grundwerte, was ihr ein tolerantes Zusammenleben der Menschen Wert sind, nämlich nichts!

Wir haben die Anträge der AfD daher nicht nur abgelehnt, sondern stellen der Landeszentrale für politische Bildung noch zusätzliche Mittel zur Verfügung. Das war übrigens eine Idee der Abgeordneten, die sich von der AfD abgespalten haben, weil sie den demokratiefeindlichen Kurs der Partei nicht mittragen wollen.

Der Landtag hat mit den Stimmen von SPD und CDU den Doppelhaushalt beschlossen.

## **Aktuelle Stunde**

Auf Antrag unserer Fraktion wurde das Thema ‚Gutes Leben in M-V nur mit guten Löhnen‘ debattiert.

Jochen Schulte forderte Unternehmen im Land zu mehr Tarifbindung auf, denn Umfragen belegen, dass Arbeitnehmer, die Tariflöhne erhalten deutlich zufriedener sind als andere. Mit der Einführung des höchsten Vergabemindestlohnes in den ostdeutschen Ländern wollen wir die Lohnlandschaft deshalb insgesamt stärken. Das belegt auch die neue Wirtschaftsförderrichtlinie. Damit schaffen wir den Einstieg in die Tarifbindung bei der Wirtschaftsförderung. Denn angesichts des Fachkräftebedarfs muss jedem Arbeitgeber klar sein, nur mit Tariflöhnen deutlich über dem Mindestlohn kommen wir voran.

Denn die Lebenshaltungskosten liegen längst nicht mehr auf dem Niveau vom Anfang der 90er Jahre. In den großen Städten des Landes haben die Mieten Westniveau erreicht. Deshalb ist es gut, dass wir mit den Tarifpartnern verabredet haben, im kommenden Jahr gemeinsam bei öffentlichen Veranstaltungen für mehr Tarifbindung zu werben.

## **Landtagsanträge**

### **Maritimes Erbe bewahren – Traditionsschiffe nicht an die Kette legen**

Mehrheitlich angenommen wurde der Antrag der LINKEN. Zuvor wurde er noch von SPD, CDU und LINKEN verändert.

## **Abwehr von Terrorgefahr kann nur länderübergreifend funktionieren**

Zur geplanten Änderung des Gesetzes für Sicherheit und Ordnung (SOG) erklärte Manfred Dachner, dass mit dem Gesetz die notwendigen Befugnisse zur Abwehr von terroristischen Gefährdungslagen und Verhinderung terroristischer Straftaten geschaffen werden sollen. Konkret geht es um den Einsatz von elektronischen Fußfesseln und damit um die Überwachung von Aufenthaltsge- und verboten. Die Anordnung einer solchen Überwachungsmaßnahme unterliegt dem grundsätzlichen Richtervorbehalt. Auf Bundesebene sind solche Regelungen bereits in Kraft getreten. Um gegen Gefährder effektiv vorzugehen, bedarf es einer einheitlichen Vorgehensweise. Darüber hinaus regelt der Gesetzentwurf den Einsatz von Bodycams. Auch wenn zunächst nur ein Pilotprojekt durchgeführt werden soll, bedarf es einer gesetzlichen Regelung, da mit einem Kameraeinsatz auch Eingriffe in Grundrechte verbunden sind.

## **Kinderrechte müssen klar zum Ausdruck kommen**

Der von der Fraktion DIE LINKE eingebrachte Antrag „Aufnahme von Kinderrechten in das Grundgesetz“ wurde zunächst durch einen seitens der Fraktionen der SPD und CDU vorgelegten Änderungsantrag geändert und in dieser Fassung schließlich mehrheitlich angenommen.

Der Landtag hat die Landesregierung aufgefordert, eine Bundesratsinitiative auf den Weg zu bringen, damit die Kinderrechte im Grundgesetz verankert werden.

Der Schutz und die Förderung von Kindern sind Kernthemen der Sozialdemokratie. Unsere Investitionen in die Kinderbetreuung und die weitere Entlastung der Eltern ab Januar belegen das eindrücklich. Daher ist es gut, dass wir nun die Chance haben, in das Grundgesetz zu schreiben, was in unserer Landesverfassung schon seit 2006 verankert ist.

## **Synthetische Kraftstoffe als Chance für das Windkraftland MV**

Im Rahmen der Debatte um eine E-Fuel-Strategie des Landes sagte Philipp da Cunha, dass gerade im Schwerlast-, Schiffs- und Luftverkehr E-Fuels dazu beitragen, die zusätzlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen durch Verbrennen fossiler Rohstoffe schnell zu reduzieren. Wir haben als Land heute schon ein großes Angebot an Strom aus erneuerbaren Energien. Unsere Potentiale gerade bei der Windkraft sind enorm. Wenn es gelingt, den Überschussstrom sinnvoll vor Ort zu nutzen und darauf aufbauend eine Industrie etablieren zu können, die zusätzliche Industriearbeitsplätze im Land schafft, dann darf man als Landesregierung dieses Thema nicht links liegen lassen, sondern muss frühzeitig die eigenen Chancen nutzen.

Hintergrund: E-Fuels sind synthetische Kraftstoffe, die aus CO<sub>2</sub>, diversen weiteren Stoffen wie bspw. dem ebenfalls klimaschädlichen Methan, sowie großen Mengen an Energie synthetisiert werden. Verwendet man in dem Prozess CO<sub>2</sub> aus der Umgebungsluft und erneuerbare Energien, so sind die E-Fuels, wenn sie später in Verbrennungsmotoren verbrannt werden, CO<sub>2</sub>-neutral für die Gesamtrechnung der Atmosphäre.

Bezogen auf einen von der Fraktion DIE LINKE vorgelegten Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über die Sonn- und Feiertage hat der Landtag nach erster Lesung die Überweisung in die Ausschüsse abgelehnt.

Mit breiter Mehrheit angenommen wurde der Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BMV „Prävention stärken – Kampagne für das Impfen“.

## **Wahl des Bürgerbeauftragten**

Der Landtag wählte Matthias Crone mit großer Mehrheit erneut zum Bürgerbeauftragten des Landes. Crone bekleidet das Amt seit 2012. Die Wahl erfolgt auf sechs Jahre.

## **Meine Ausschussarbeit**

### **Finanzausschuss**

Der Ausschuss hat sich über den aktuellen Stand zum Bürgerschaftsverfahren der MV Werften durch die Landesregierung berichten lassen.

Zum jetzigen Zeitpunkt steht die Landesregierung erst am Anfang ihrer Prüfung, ob die Voraussetzungen für die Gewährung einer Landesbürgerschaft für den Bau der Global Schiffe I und II gegeben sind. Viel wird davon abhängen, zu welchen abschließenden Ergebnissen die Schiffbausachverständigen kommen bzw. welche ihrer Empfehlungen von den MV Werften durch geeignete Maßnahmen umgesetzt werden können. Dazu wird die Landesregierung dem Finanzausschuss zu gegebener Zeit weiter berichten.

Aus diesen Gründen ist ein abschließendes Votum des Bürgerschaftsausschusses des Landes über den Bürgerschaftsantrag nicht vor dem Frühjahr 2018 zu erwarten.

### **Bildungsausschuss**

Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur berichtete dem Ausschuss über die Sicherung des Lehrkräftebedarfs.

Bis zum Jahr 2030 müssten aufgrund der altersbedingten Fluktuation etwa 75 Prozent des Lehrpersonals an den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen ersetzt werden. Bis 2020 sind jährlich durchschnittlich 300 Neueinstellungen erforderlich, ab 2021 steige der Bedarf an. Daraufhin sind die Ausbildungskapazitäten auf 860 Stellen im Vorbereitungsdienst bereits mehr als verdoppelt worden.

Wesentliche Instrumente des Ministeriums für die Sicherung des Lehrkräftebedarfs sind der Einsatz von Vertretungsstellen, die Möglichkeit vorgezogener Einstellungen und die Qualifizierung von Seiteneinsteigern gemäß Lehrerbildungsgesetz.

Mit der Möglichkeit der Verbeamtung, der Anhebung von Vergütungen und Beförderungsmöglichkeiten ist das Land im Vergleich mit anderen Bundesländern wieder konkurrenzfähig. Die Lehrerwerbekampagne, die inzwischen von anderen Ländern aufgegriffen worden ist, wird bis 2020 fortgesetzt.

Soweit das Neueste von mir aus dem Landtag.

Für das Weihnachtsfest wünsche ich Euch ruhige und erholsame Tage mit Familie und Freunden und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Herzliche Grüße



Tilo Gundlack